

50. Richterwoche des Bundessozialgerichts

18. bis 20. September 2018

Heike Göbel

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Grenzen des Wachstums - soziale Umverteilung in Zeiten des Überflusses

1. Der deutsche Sozialstaat wächst beständig und seit einigen Jahren wieder schneller als die Wirtschaftsleistung. Er garantiert nicht nur ein Existenzminimum für jeden Bedürftigen, sondern sichert die breite Mitte über die obligatorischen Sozialversicherungen ab gegen die großen Lebensrisiken: Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und Alter. Der Sozialstaat wächst aber auch regulatorisch, er ist mit den Finanzflüssen des vom Bundesarbeitsministerium vorgelegten "Sozialbudgets" nicht hinreichend beschrieben.
2. Mit dem hohen und immer weiter steigenden Aufwand der sozialen Absicherung geht keine entsprechend wachsende Zufriedenheit oder Wertschätzung der Begünstigten einher. Trotz der hohen Umverteilung (über Steuern und Sozialbeiträge) und ihrer messbaren Wirkung auf die verfügbaren Einkommen, ist die öffentliche Wahrnehmung einseitig die einer stark wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich.
3. Eine Marktwirtschaft braucht ein soziales Sicherheitsnetz. Es geht nicht nur darum, jenen zu helfen, die es aus eigener Kraft nicht können. Sozialer Schutz soll auch ermuntern, wirtschaftliche Wagnisse einzugehen. Soziale Sicherheit darf aber nicht die Leistungsbereitschaft und Dynamik des Wettbewerbs beeinträchtigen, also die Grundlagen des Wohlstands. Und sie darf die Sicherheit nicht gefährden, die der Markt bietet: Arbeitsplätze sind der beste Schutz vor Armut.
4. Es gibt keine klar definierte finanzielle Grenze, von der an der Sozialstaat der Marktwirtschaft gefährlich wird. Es kommt auf die Anreizwirkungen an. Aber Helmut Kohls Spruch: Ab 50 Prozent Staatsquote beginnt der Sozialismus, hat etwas für sich. Gerade weil wir die finanzielle Dimension des Sozialstaats nur unzureichend erfassen, sollten wir die Zahl im Auge behalten, die es näherungsweise tut. Warum nicht eine Sozialstaatsbremse im Grundgesetz als Überforderungsschutz? Zum Beispiel als Maßgabe, dass die Sozialquote nicht schneller wachsen sollte als die Wirtschaftsleistung. Denken könnte man auch an eine Steuer- und Abgabenbremse.

5. Auch wenn man die Sozialquote an das Wirtschaftswachstum bände, stünde in den meisten Jahren absolut mehr Geld für soziale Sicherung zur Verfügung. Die Bremse zwänge aber dazu, die Wirkung der Umverteilung genauer zu beobachten, das Geld effizienter einzusetzen und klarere Prioritäten zu setzen – mithin jene Instrumente zu streichen, die sich nicht bewährt haben oder nicht mehr gebraucht werden.